



RENTE

Die Positionen der kfd

Wir fordern: Ein Rentenmodell mit einer existenzsichernden und solidarischen Sockelrente.

Ein Rentenmodell, mit einer existenzsichernden und solidarischen Sockelrente, die auch Zeiten des Unterbrechens und Reduzierens von Erwerbstätigkeit ausgleicht

Den Ausbau des Rückkehrrechts an den Arbeitsplatz und in Vollzeittätigkeit nach Pflege- und Erziehungszeiten

Die rentenrechtliche Ankerkennung von Zeiten ehrenamtlicher Arbeit

Die Anrechnung von drei Rentenpunkten als Erziehungszeiten pro Kind, auch für bereits vor 1992 geborene Kinder

Ein Rentenpunkt pro Jahr für die Pflege von Angehörigen, unabhängig von der Pflegestufe und auch nach Eintritt ins Rentenalter.

Die Positionen von CDU/CSU

Wir sorgen für eine verlässliche Rente.

Eine europäische Arbeitslosen-, Renten- oder Gesundheitsversicherung lehnen wir ab.

Leistung muss sich lohnen. Wer ein Leben lang gearbeitet oder Kinder erzogen hat, muss mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat, und er sollte nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein.

Rente muss ein Leben in Würde ermöglichen. Sie muss immer mehr sein als nur

Armutsbekämpfung.

Die Rente muss nachhaltig, sicher und solide finanziert sein.

Die beste Rentenpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik. Denn je mehr Menschen sozialversicherungspflichtig arbeiten, desto besser ist es für die Rente.

Doppelbesteuerung von Renten verhindern und daher die Vorgaben des Bundesfinanzhofs schnellstmöglich umsetzen.

Freiwillige Beiträge in der Gesetzlichen Rentenversicherung in jeglicher gewünschten Höhe werden wir zulassen, maximal bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze.

Wir stehen für eine zukunftsfeste Alterssicherung auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung wird dabei für die meisten Menschen die zentrale Säule bleiben.

Die Positionen der SPD

Unterschiedliche Arbeitszeiten und familienbedingte Tätigkeiten bei den Renten werden wir gerechter behandeln.

Stärkung der gesetzlichen Rente, eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent.

Keine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, den gesetzlichen Anspruch, dass besonders langjährig Versicherte vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen können, werden wir beibehalten.

Solidarität in der Alterssicherung: Selbstständige, Beamt*innen, freie Berufe und Mandatsträger*innen gehören der gesetzlichen Rentenversicherung an.

Langjährige Pflege von Eltern, Schwiegereltern oder anderen Familienmitgliedern dürfen sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken und die eigene Altersarmut bedeuten. Hier brauchen wir mehr Solidarität und Respekt vor dieser schweren Aufgabe.

Unser Ziel ist es, dass deutlich mehr Beschäftigte in einer betrieblichen Altersversorgung abgesichert sind. Dazu sollen tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen bevorzugt werden.

Wir wollen allen gesetzlich verpflichtet Versicherten zusätzlich die Möglichkeit einräumen, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der

gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern.

Die Positionen von Bündnis 90/ Die Grünen

Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken: eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen - von der Berufswahl bis zur Rente

Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent.

Um das Rentenniveau zu sichern, wollen wir die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Rückkehrrecht in Vollzeit erhöhen.

Prekäre Beschäftigung muss überwunden werden, denn nur gute Löhne führen auch zu einer guten Rente.

Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die Grundrente reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln.

Engagierte Menschen, vor allem Ehrenamtler*innen in Initiativen, Verbänden, Vereinen oder NGOs, stärken den Zusammenhalt. Wir machen uns dafür stark, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut abgesichert nachgehen können.

Die Positionen von Die Linke

Für eine solidarische Mindestrente

Als Sofortmaßnahme heben wir das Rentenniveau auf 53 Prozent an.

Als LINKES Kernprojekt erweitern wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Alterssicherung für alle Erwerbstätigen (einschl. nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler*innen, Beamt*innen, Manager*innen und Politiker*innen). Wir wollen, dass alle Erwerbstätigen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen.

Eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro für all jene, die trotz der Reformmaßnahmen eine zu niedrige Rente haben, um davon leben zu können. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft. Sie wird aus Steuern finanziert.

Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und der Pflege bewerten wir höher, damit sie nicht zu Armutsrenten führen. Für jedes Kind werden drei Entgeltpunkte - das ist zurzeit über 102 Euro sogenannter "Mütterrente" - auf dem Rentenkonto gutschreiben.

Für regelmäßig geleistete freiwillige und unbezahlte Arbeit von Bürgerinnen und

Bürger in anerkannten organisierten Rettungsdienst, im Brandschutz, im Katastrophenschutz und im Technischen Hilfswerk (THW) werden durch den Staat angemessene Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt.

Wir wollen eine betriebliche Altersversorgung, die überwiegend von den Arbeitgebern finanziert wird (als betriebliche Sozialleistung). Dafür sollen verbindliche tarifvertragliche Regelungen die Grundlage sein.

Die Positionen der FDP

Wer gearbeitet und eingezahlt hat, muss im Alter immer mehr haben als die Grundsicherung und auch mehr als derjenige, der das nicht getan hat

Einführung einer Basis-Rente: Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Beantragung und Auszahlung der Basis-Rente wollen wir unter dem Dach der Rentenversicherung zusammenführen.

Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip: Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge je nach Lebenslage flexibel kombiniert und an moderne Lebensläufe angepasst werden.

Flexibilisierung des Rentenalters nach schwedischem Vorbild: Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, eine höhere Rente. Zuverdienergrenzen schaffen wir hab, Teilrenten sind unkompliziert möglich.

Die Positionen der AfD

Als Partei der Leistungsgerechtigkeit ist es der AfD ein besonderes Anliegen, unseren Eltern und Großeltern im Rentenalter einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen

Wer lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte auch bei einem geringeren Einkommen bessergestellt werden als Personen, die weniger eingezahlt haben. Dem wird die AfD gerecht, indem 25 Prozent der Altersrente nicht auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Soziale Gerechtigkeit ist ein integraler Bestandteil der AfD-Politik, muss aber immer auch zur Eigenverantwortung anregen.

Abschaffung der Politikerpensionen

Reduzierung des Beamtenstatus auf originär hoheitliche Aufgaben

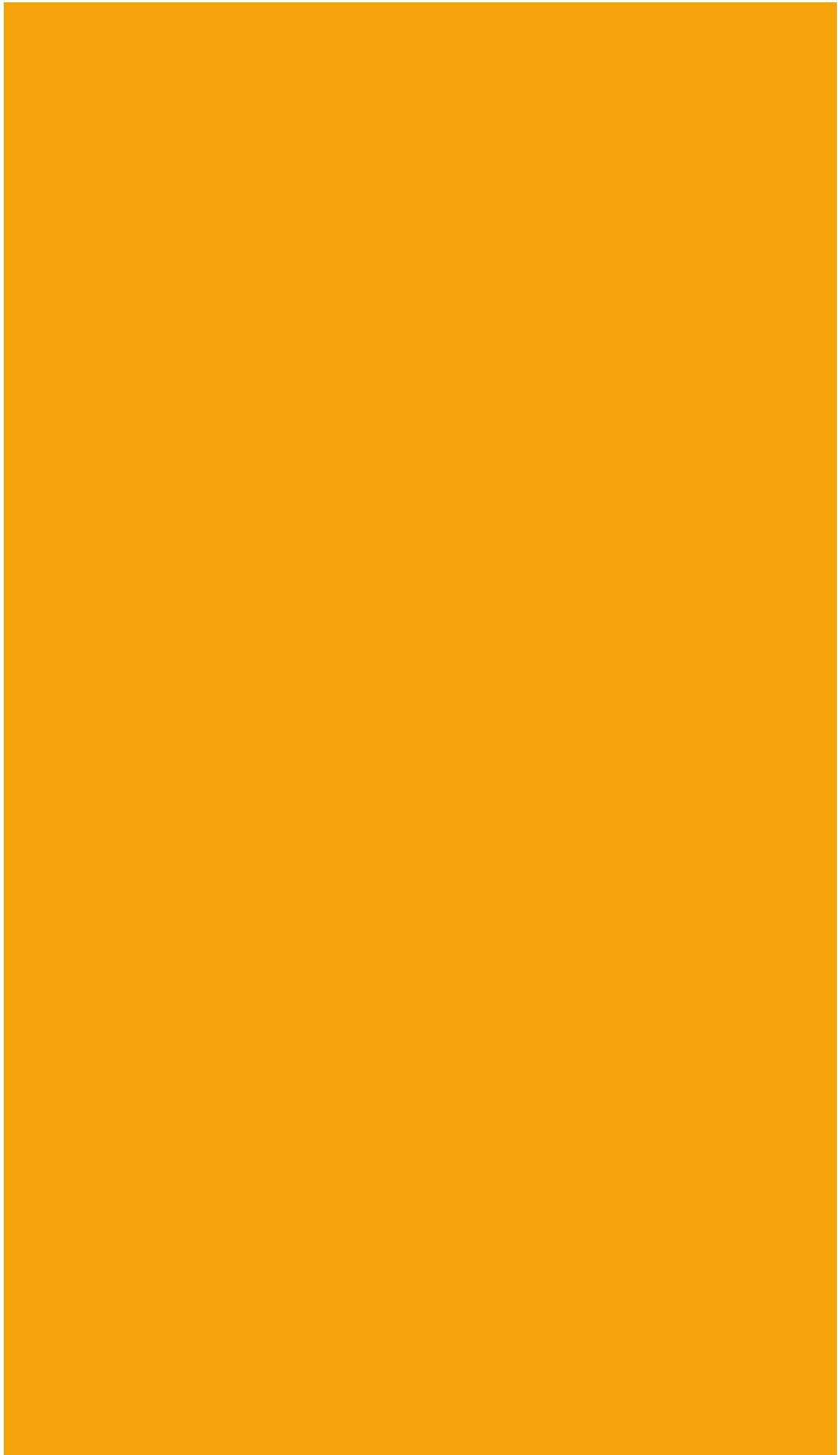
Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen herstellen - Für jedes Kind

bekommen die Eltern 20.000 Euro der Beiträge zur Rentenversicherung erstattet.

Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Ostrenten beseitigen

Durch die Anhebung des Steuerfreibetrags wollen wir insbesondere niedrige Renten vor der Besteuerung bewahren.

Umlagefinanzierte Rente stärken - wir zeigen, dass Gegenwartsinteressen und generative Verantwortung in Einklang zu bringen sind.



Materialien

Anleitung_Arbeit_Wahlpruefsteine.pdf 143 KB [Download](#)

kfd 225 KB [Download](#)



Am Sonntag, 26. September 2021, wird ein neuer Bundestag gewählt. Übernehmen Sie Verantwortung, gehen Sie zur Wahl! Foto: pixabay

STAND: 23.06.2021